

G20 - Treffen am 2. April in London

Eine wirksame Kontrolle der Finanzmärkte ist nicht zu erwarten

Im Vorfeld des Treffens der Staats- und Regierungschefs der G 20-Länder am 2. April 2009 findet eine internationale Protestwoche statt. Attac Deutschland und ein breites zivilgesellschaftliche Bündnis rufen für den 28. März 2009 unter dem Motto: „Wir zahlen nicht für eure Krise“ zu zwei Demonstrationen in Berlin und Frankfurt/Main auf. Auf ihrem Treffen in London wollen die G 20 über den Weg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise beraten. Im Vorfeld wurden schon im Dezember 2008 bei ihrem Treffen in Washington Arbeitsaufträge an verschiedene Kommissionen vergeben. Diese sollen ihre Ergebnisse bis zum 2. April den Staats und Regierungschefs der G 20 – Länder vorlegen.

Angeblich wollen die G 20 in London Beschlüsse über eine wirksame Kontrolle der Finanzmärkte fassen, die gewährleisten sollen, dass es nie wieder zu einer solchen Finanzmarktkrise wie der gegenwärtigen kommt. Die USA drängen darauf, dass mit höchster Priorität international abgestimmte, zusätzliche Konjunkturprogramme beschlossen werden. Gegen dieses Vorhaben haben sich allerdings Bundeskanzlerin Merkel, der französische Präsident Sarkozy und der britische Premier Gordon Brown schon im Vorfeld des Treffens gewandt.

Nun ist es sicherlich ein Fortschritt, dass nicht mehr nur die acht reichsten Länder über die Geschicke der Welt beraten, sondern zwanzig, darunter wichtige Schwellenländer. Aber die Entwicklungsländer bleiben weiterhin außen vor und haben keinen

Einfluss auf die Beschlüsse, deren Konsequenzen sie spüren werden. Dabei sind gerade sie es, die unverschuldet am meisten unter der gegenwärtigen Krise leiden müssen. Darum ist eine wichtige Forderung: Solche Beratungen gehören unter das Dach der UNO, sodass auch alle Entwicklungsländer Einfluss auf die Entscheidungen haben.

Doch es gibt wesentlich mehr Gründe, gegen das Treffen der G 20 zu mobilisieren. Denn trotz verbal radikaler Sprüche über die Kontrolle der Finanzmärkte wird an den bisherigen Taten erkennbar, dass die Mächtigen zwar die Krise rasch bewältigen, aber nichts Wesentliches an deren Ursachen verändern wollen. Bei uns werden beispielsweise Milliarden von Steuergeldern den Banken ohne Auflagen zur Verfügung gestellt. Nicht einmal zur Beendigung ihrer Aktivitäten in Steueroasen werden sie gezwungen. Die Commerzbank hat ungefähr das Doppelte ihres gegenwärtigen Börsenwertes an Steuergeldern bekommen, ohne dass das Eigentum an den Bund übergegangen wäre, weil der größte Teil nur durch stimmrechtslose Vorzugsaktien abgedeckt wurde. Das Geld verwendete die Commerzbank auch dafür, die Dresdener Bank aufzukaufen. So wurde die Allianz-Versicherung entlastet und es entstand eine noch größere Bank mit noch größerem Einfluss auf die Politik, die bei der nächsten Krise wieder mit Steuergeldern saniert werden muss, weil sie zu groß ist, um sie in Konkurs gehen zu lassen. Und das tollste: Es bleibt vollkommen



intransparent, was mit den Steuergeldern tatsächlich passiert, welche Gläubiger und welche Teilhaber tatsächlich davon profitieren. Das Parlament hat auf seine Kontrollrechte verfassungswidrig verzichtet.

Dass Gordon Brown und Angela Merkel die jüngsten Beschlüsse der Schweiz, Liechtensteins, Österreichs, Belgiens und anderer Steuerfluchtburgen als Durchbruch im Kampf gegen die Steueroasen feiern, bestätigt, dass nichts Einschneidendes geschieht. Denn der OECD-Standard, zu dem diese Länder nun Ja sagen, ist ein zahnloser Tiger, der Steuerflucht und Steuerbetrug nicht verhindern kann. So lange nicht automatische Kontrollmitteilungen der Banken an die zuständigen

Steuerbehörden in Europa und weltweit Standard sind, werden nur Einzelfälle, auf die durch Zufall ein Verdacht gefallen ist, verfolgt werden können. Das heißt, die Geschäfte auf Kosten der Arbeitnehmer und der ehrlichen Steuerzahler werden weiter gehen. Dabei sind die Steueroasen, die gleichzeitig Regulierungsoasen sind, die Orte, von denen aus die Banken und Schattenbanken ihr hoch riskantes und sozial schädliches Treiben auf den Finanzmärkten unkontrolliert gestalten.

Wollte man die Ursachen der Krise tatsächlich bekämpfen, so müsste die ungeheure Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums national und international beseitigt werden. Auf einem neuen sozialen, demokratisch kontrollierten Finanzmarkt

dürfte nur gehandelt werden, was der Allgemeinheit und nicht den Profitinteressen dient. Nötig ist ein modernes Bretton Woods mit Zielzonen für Wechselkurse, das Kapitalverkehrskontrollen erlaubt. Ein neuer Finanzmarkt müsste den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Menschen dienen und nicht wie bisher diese beherrschen. Steuer- und Regulierungsoasen darf es nicht mehr geben und das ganze Schattenbankensystem muss verboten werden. Eine Finanztransaktionssteuer kann dafür sorgen, dass Profite auf den Finanzmärkten so weit weggesteuert werden, dass sich spekulative Geschäfte nicht mehr lohnen.

DETLEV VON LARCHER

www.casino-schliessen.de

EDITORIAL

Vor uns liegen anstrengende Wochenenden. Nationaler Aktionstag, Nato-Geburtsfeier und danach die Ostermärsche. Natürlich hoffen die Organisierenden auf eine zahlreiche Teilnahme. Dabei hängt die Beteiligung von der unmittelbaren Betroffenheit ab, das zeigen die Erfahrungen der Ostermärsche.

Noch sind die Auswirkungen der Globalisierungskrise wenig zu spüren in Deutschland. Aber sie ist in aller Munde. Angst vor konkreter Verschlechterung der eigenen Lebenssituation geht um. Selbst Regierungspolitiker reden von der schlimmsten Krise seit 80 Jahren. Berichte aus anderen Ländern zeigen, wie das Desaster seinen Lauf nimmt. Und wie Menschen sich dagegen wehren, die Folgen einer kurzsichtigen Politik tragen zu müssen. Ob sich in Deutschland allerdings Massen auf die Straße bewegen werden? Schnell macht sich unter Aktivistinnen Enttäuschung breit, wenn weniger Menschen kommen, als erhofft, wenn man den Eindruck hat, dass alle Bemühungen nicht zu Veränderungen in der Regierungspolitik führen. Dieser Pessimismus ist häufig unangebracht.

Kürzlich wurde durch über tausend Helferinnen eine Sonderausgabe von „Die Zeit“ verteilt, datiert auf den 1. Mai 2010. Schlagzeilen: Klimasünder werden zur Kasse gebeten, Finanzmarktregulierungen greifen, globale Strukturen werden neu gestaltet.

Das Bedürfnis nach kritischer Berichterstattung ist groß. Dabei spielen Printmedien nach wie vor eine entscheidende Rolle. Allerdings gehen sie heute Hand in Hand mit dem Internet. Wer Hintergrundinformationen sucht, der geht ins Netz. So erklärt sich, dass am Erscheinungstag des von attac organisierten Fakes der Internetserver zusammengebrochen ist. Was beweist: Die Leute lesen und bilden sich. Jetzt müssen sie nur noch raus auf die Straßen.

SOLVEIG FELDMER
RICHARD SCHMID

Ostern 2009

Für Friedenspolitik auf die Straße gehen

Viele Menschen freuen sich auf die Ostertage. Den einen bietet das Fest Erholung in der erwachenden Natur, andere genießen das Zusammensein mit der Familie und einige Zehntausend zieht es zum Ostermarsch auf die Straße. Darunter auch mich.

Von Großbritannien zu unser über gekommen fand der erste Ostermarsch im Jahr 1960 statt. Anfangs waren es einige wenige Pazifisten, die über verlassene Straßen zogen. Dann wurden es immer mehr. Parteimitglieder, Gewerkschafter, Christen beider Konfessionen waren hinzugekommen. 1982 erlebte die Ostermarsch-Bewegung mit der Debatte über die Nachrüstung der NATO einen Höhepunkt. Damals galt angesichts der atomar hoch gerüsteten Blöcke, wer als Erster schießt, stirbt als Zweiter. Hunderttausende Demonstranten erreichten eine Meinungsmehrheit unter der Bevölkerung gegen die tödliche Bedrohung. Die Politik geriet dadurch in größte Bedrängnis.

Die politischen Inhalte und Ziele der Bewegung änderten sich im Laufe der Jahre. Die Versuche, politische Probleme militärisch zu lösen, nahmen mit dem Ende der Blockkonfrontation nicht ab. Die Bundeswehr wurde zu einer internationalen Eingreiftruppe umgebaut, der „Krieg gegen den Terror“ wurde ausgerufen, die Militärausgaben stiegen wieder wie auf dem Höhepunkt des Kal-

ten Krieges. Hinzu begann eine Militarisierung im Inneren mit dem Ziel, die Menschen an den Krieg zu gewöhnen.

Die Ostermarschierer verlangen deshalb die Umkehr zu einer Politik der internationalen Verständigung, Abrüstung, Gerechtigkeit, Solidarität, Armutsbekämpfung und des nachhaltigen Umgangs mit der Natur. Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung nach dem Abzug aller Besatzungstruppen aus Irak und Afghanistan. Entgegen den offiziellen Verlautbarungen ist für die Menschen dieser Länder der „Krieg gegen den Terror“ selbst Krieg und die fremden Truppen sind Besatzer.

Der Ostermarsch ist eine von unten gewachsene Basisbewegung, die nicht von Parteien bzw. Organisationen vereinnahmt werden kann. Sie ist unabhängig und überparteilich. Kennzeichnend ist, dass sie wichtige Entscheidungen in den örtlichen bzw. regionalen Zusammenkünften nach dem Konsensprinzip trifft, wobei es sich stets um offene Gremien handelt.

Deshalb sind die Themen, Aufrufe und Forderungen bis auf wenige, oben benannte Kernpunkte, immer wieder unterschiedlich. Vielfach werden regionale Forderungen wie gegen militärisches Übungsgelände, gegen das US-Hauptquartier in Deutschland oder Stätten der Rüstungsproduktion erhoben. Immer wieder wird die Frage

aufgeworfen, warum manchmal Hunderttausende und andererseits „nur“ einige Zehntausende an den Osteraktionen beteiligt sind, die bekanntlich nicht nur aus Märschen, sondern auch aus Bittgottesdiensten; Flugblattverteilen, Fahrradstapfen, Umzingelungen, Besetzungen oder aus Kundgebungen bestehen.

Die Beteiligung ist abhängig von der Betroffenheit der Menschen und dem „Gebrauchswert“ einer Aktion. Eine unmittelbare Kriegsgefahr wirkt in anderer Weise elektrisierend als ein in weiter Ferne ausgetragener Konflikt. Die Organisatoren der Osteraktionen verdeutlichen deshalb immer wieder, dass in einer zusammenwachsenden Welt die Verantwortung für den Frieden unteilbar ist. Viele Menschen sind enttäuscht darüber, dass ihre Bemühungen nicht zu sichtbaren Erfolgen durch eine Veränderung des Regierungshandelns führen.

Das stimmt in vielen Fragen nicht. So gerät die Atomrüstung wie auch der auswärtige Einsatz Deutscher Truppen zunehmend in die Kritik. Veränderungen sind absehbar.

Viele Menschen, darunter auch ich, sehen sich einerseits moralisch in der Pflicht, für ihre friedenspolitischen Forderungen auf die Straße zu gehen. Andererseits wissen sie, dass den parlamentarischen Entscheidungen Veränderungen im Bewusstsein der Bevölkerung vorausgehen. Deshalb ist es sinnvoll, an den

Ostertagen im ganzen Land politische Alternativen zu Rüstung und Krieg in die Öffentlichkeit zu bringen. Abgesehen vom politischen Anliegen ist es schön, sich wieder einmal so richtig an frischer Luft zu bewegen, Freunde zu treffen und Zeit zum Meinungsaustausch zu haben.

In diesem Frühjahr gibt es besonders viel Gelegenheit zu Bewegung. Engagierte demonstrieren am 28. März in Berlin oder Frankfurt am Main unter der Losung: „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Sie wehren sich dabei, dass den Banken „Schutzschirme“ auf Kosten der Steuerzahler errichtet werden, während Arbeitsplätze

und soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben. Ein Wochenende später sollten wir in Straßburg und Kehl sein, um der dort feiernden NATO zu erklären, dass 60 Jahre NATO genau 60 Jahre zu viel sind.

Das darauf folgende Wochenende gehört dem Ostermarsch.

Für mich könnten das Probelaufe für das dritte Sozialforum in Deutschland sein, das nach der Bundestagswahl im Wendland stattfinden wird. Wir bleiben in Bewegung für eine friedliche und soziale Welt.

PETER DELIS

ANZEIGE



McPlanet.com
GAME OVER - NEUSTART!
24.04.-26.04.2009

Sind die Grenzen des Wachstums nun doch erreicht? Es ist eindeutig. „Business as usual“ ist keine Option. Nobelpreisträger aus aller Welt haben im Herbst 2007 in Potsdam eine „Große Transformation“ gefordert, um die Klimakrise zu bewältigen. McPlanet.com 2009 will über diese Veränderungen nachdenken, Ideen entwickeln, Strategien diskutieren:

- * Was sind die Alternativen zur vorherrschenden Wachstumsideologie und wie lassen sich Machtverhältnisse so ändern, dass die Rechte der Menschen und der Umwelt gewahrt werden?
- * Wie lässt sich der globale Casinokapitalismus zähmen?
- * Welche Prozesse müssen eingeleitet werden?
- * Was sind die treibenden Kräfte bei der Gestaltung des notwendigen Umbaus? Und was haben wir von einer neuen US-Präsidentschaft zu erwarten?
- * Was müssen wir an unserer Lebens- und Wirtschaftsweise ändern, um eine Klimakatastrophe noch abzuwenden und den Ressourcenraub zu beenden?
- * Welche Strukturen brauchen wir für eine zukunftsfähige Energieversorgung?
- * Wie weit reichen Flächen und Trinkwasser, um die Weltbevölkerung zu ernähren?

„Eine Andere Welt ist möglich“: Dieses Motto der Weltsozialforen will McPlanet.com aufgreifen und hinzufügen: „Eine Große Transformation ist nötig: Game Over - Neustart!“

Termine: 24.04. - 26.04.2009 Ort: TU Berlin, Strasse des 17. Juni 135, 10623 Berlin







Gegen den Strom zur Quelle

Kurt Schroeter: Querdenker – Querkopf – „Querulant“



Könnern, ein ehemaliges Akkerbürgerstädtchen blickt auf eine nahezu 1000jährige Geschichte zurück. Kurt Schroeter lebt seit 77 Jahren hier und ist seinem Heimatort eng verbunden. In der Lokalzeitung hat er häufig Artikel über dessen Historie veröffentlicht. Und auch sonst mischt er sich kräftig ins gesellschaftliche Leben ein. Als attac Halle vor fast sechs Jahren in die ehemalige Fabrikantenvilla in der Bahnhofstraße einzog, war er der erste Könnerner, der uns besuchte. Kurt brachte Tomaten und Äpfel aus eigenem Anbau und machte uns mit der Stadt, ihrer Geschichte und ihren Bewohnern vertraut.

Tomaten verschenkt der passionierte Gärtner auch jeden Sommer an die Umweltaktivisten vom Elbe-Saale-Camp. Die Elbe durchschwimmt er dort noch jedes Jahr. Kurt liebt Sprüche. Ein Motto hat es ihm besonders angetan: Nur wer gegen den Strom schwimmt, kommt zur Quelle. Ich bin in das Haus von Rosi und Kurt Schroeter eingeladen. Ein schönes Gebäude am Ortsrand, Baujahr 1906. Sein Großvater hat es errichten lassen. Er begründete auch die Familientradition – den Gartenbau. Wir sitzen beim Kaffee. „Ich hab das nicht so gerne – ein Porträt in der Zeitung. Die

MZ wollte auch eins. Die machen gerade eine Serie über Menschen, die im gleichen Haus geboren sind, wo sie immer noch leben. Aber über deren Berichterstattung ärgere ich mich jeden Tag. Ihr macht doch genau so ne Zensur wie früher die Kommunisten, hab ich denen gesagt.“ Im Nebenzimmer kam Kurt zur Welt. Und da, wo wir jetzt sitzen, war früher das Kinderzimmer. Die Eltern haben während der Kriegsjahre die Tür offen stehen lassen, wenn sie Radio London hörten. Auf dem Gerät warnte ein Aufkleber: Abhören von Feindsendern wird mit dem Tode bestraft. Doch Mutter und Vater hatten viel Vertrauen zu Sohn und Tochter. Kurt wusste gut Bescheid über die Ereignisse am 20. Juli und die Familie war vorbereitet auf die Amerikaner, die Könnern am 14. April 1945 befreiten. Als im Sommer die Russen folgten, haben Schroeters sie mit Gemüse aus ihrem Garten bewirtet. Zuvor hatte der Junge erfahren müssen, dass KZ-Häftlinge auf ihrem Todesmarsch in Könnern gestorben waren. Die Berichte von Augenzeugen prägten sich ihm tief ein. Deshalb besucht er regelmäßig die Gedenkveranstaltungen in Langenstein-Zwiebergen bei Halberstadt. Mit einem Franzosen, der damals durch Könnern kam,

steht er bis heute in Kontakt.

„Ich hab was gegen Uniformen. Kommandieren ist demütigend.“ Das liegt in der Familie. Schon der Großvater wollte nicht beim Militär dienen. Er entzog sich dem Kaiser, indem er auf Wanderschaft ging, nach England, der Schweiz und Rumänien kam er. Die aus Schlesien stammende gebildete Mutter war eine begeisterte Leserin. Immer, wenn sie ein Buch kaufte, schrieb sie das Datum des Erwerbs ein und auch, wann sie es gelesen hatte. So weiß Kurt, dass sie sich unmittelbar nach der Ermordung von Rosa Luxemburg für „Die Frau im Sozialismus“ von August Bebel interessierte. Auch darum geht er jedes Jahr zu Karl und Rosa. Zu DDR-Zeiten war er nie dabei. Die verordneten Demonstrationen lagen ihm nicht. „Am 1. Mai sind wir oft nach Prag gefahren, um nicht mitmachen zu müssen.“

Kriegsspielzeug und Naziliteratur gab es im Hause der Schroeters nicht. Stattdessen versorgte die Mutter ihre Kinder mit guten Büchern. Kurt begeisterte sich für Karl May und beschäftigte sich mit Geschichte. Aus Kurt sollte was werden. Deshalb wurde er auf Betreiben der Mutter 1947 auf die renommierten Frankischen Stiftungen nach Halle geschickt. Aber der junge

Mann mochte das Vokabellernen nicht und auch sonst zeigte er wenig Interesse an einer Bildungskarriere. Er entschied sich für eine Ausbildung zum Gärtner, um anschließend im elterlichen Betrieb zu arbeiten. Auch Ehefrau Rosi stieg in das Familienunternehmen ein. Gut in Erinnerung sind den beiden die Verhandlungen um den Beitritt zur LPG Anfang der 60iger Jahre. Sie wurden ziemlich unter Druck gesetzt und der Vater sagte damals: „Streichen Sie das Wort freiwillig und ich trete sofort ein!“ Für die Eltern war es ein schwerer Schritt. Der Vater hat weiter Seins gemacht, als wär's Seins. Die jungen Schroeters genossen die Vorteile, sie hätten nie so viel Urlaub machen können, wenn sie nicht eingetreten wären. Sie arbeiteten beide im Feldgemüsebau. Während der Radieschensaison begann ein Arbeitstag um 4.00 Uhr und dauerte bis zum späten Abend. Bis zu 1 Millionen Bund wurden da geerntet. Ende der 60iger Jahre bekam Kurt doch noch Lust auf Studieren. Außerdem wollte er mal raus aus Könnern. Und so qualifizierte er sich im Fernstudium zum Gartenbauingenieur. Er schloss mit Eins ab und sollte an die Hochschule nach Berlin. Das schlug er aus: „Wer hoch steigt, kann tief fallen.“ Stattdessen ermutigte er Rosi dazu, ihren Ingenieur zu machen. Als Arbeitsgruppenleiter Feldgemüsebau konnte man Kurt immer auf dem Acker finden, obgleich er nicht selber mitarbeiten musste. „Ich habe nicht nach unten getreten, sondern lieber mal nach oben. Heute wäre ich schon lange auf der Straße, aufmüpfig wie ich bin.“

1982 kam die Umstrukturierung der LPG; Spezialisierung auf Gurken, Tomaten und Chicoree unter Glas. Die Erfahrungen des Praktikers waren da nicht gefragt. Kurt beantragte Freistellung von der Arbeit, um seinen Vater zu Hause pflegen zu können. Als er zurückkehrte, steckte man ihn ins Büro. Die Schreibarbeiten für die Kreisstatistik gefielen ihm überhaupt nicht. „Ich wollte draufliegen.“ Deshalb kam er auf die Idee mit dem Küchengarten. Er versprach, der LPG als „freischaffender Gärtner“ keine Konkurrenz

zu machen und beackerte seine zwei Morgen Land. Was er erntete, kam in die Großküche der Genossenschaft.

Seine Erträge waren gut. „Ich musste den Köchen mein Gemüse manches Mal uffhohlen.“ Auch der Blumenanbau lief prächtig. Und Rosi als Verkaufsstellenleiterin des LPG-Ladens hatte was zu verkaufen. 1989 war es, als sie aus Unzufriedenheit über ihren geringen Lohn beschloss, sich selbständig zu machen. Sie war noch am Überlegen, da kam die Wende und alles wurde anders. Plötzlich trugen sich noch drei andere mit dem Gedanken an die Eröffnung eines Blumenladens in Könnern. Zum 1. Mai 1990 war es dann soweit. Das Geschäft lief erfolgreich, natürlich auch durch Kurts gärtnerisches Geschick. Seit 1955 war der Querkopf Mitglied der Bauernpartei gewesen. Er wollte dadurch der SED entgehen. Ein Wechsel in die CDU kam für Kurt nach der Übernahme der Partei nicht in Frage. Den vollzogen nur die paar Leute, die politische Karriere machen wollten. Die Grünen bemühten sich heftig um ihn. Das kam, weil Kurt zum Wortführer gegen die Pläne des FDP-Bürgermeisters avancierte. Dieser wollte in der ehemaligen Gärtnerei, gelegen im Landschaftsschutzgebiet, eine Baustelle errichten. Könnern sollte Standort für eine Kureinrichtung mit Hubschrauberlandeplatz werden. „Und wenn wir dich enteignen!“ musste er sich drohen lassen. In der Lokalpresse entbrannte ein Kampf zwischen Kurt und Bürgermeister. Der Gärtner wurde als Arbeitsplatzverhinderer verunglimpft. Die Baupläne mussten jedoch fallen gelassen werden. Bis heute nehmen ihm einige Leute im Ort sein Engagement für die Natur und seine Ruhe übel. Wenn ich jedoch als Besucherin durch Könnern schlendere, freue ich mich darüber, dass nicht noch mehr billige Neubauten in einfallsloser Architektur verbrochen werden konnten.

Durch die Kontakte zu Umweltpolitikerinnen fanden Kurt und Rosi auf den „Friedensweg“. Im Januar 2010 wird der 200. be-

gangen werden. Seit dem 35. sind Schroeters dabei. Jeden 1. Sonntag im Monat versammeln sich in der Colbitz-Letzlinger Heide Menschen, die gegen die Nutzung des Areals als Truppenübungsplatz protestieren. Häufig fanden sich bis zu 200 Teilnehmende zusammen. Besonders zahlreich kommen sie zu den Ostermärschen. Auch an diesem Ostermontag werden viele Demonstranten erwartet. Zur zentralen Kundgebung auf dem Gelände der Fachhochschule in Stendal spricht der bekannte Theologe und Kirchenkritiker Dr. Eugen Drewermann. Wie in einer großen Familie fühlen sich Kurt und Rosi unter den 60 Aktivistinnen, die regelmäßig auf dem Friedensweg sind. Kürzlich haben sie von Erika Drees Abschied genommen. Schon in DDR-Zeiten hatte sich die Tierärztin mutig für die Umwelt eingesetzt. Der Sarg war von ihren Enkelkindern bunt bemalt worden. Das passte auf sie, sind Rosi und Kurt sich einig. Für ihre Zivilcourage war Erika Drees im berühmten „Roten Ochsen“ in Halle inhaftiert worden. Die Behörden hatten ihre DDR-Vergangenheit nicht beachtet. So unterließ ihnen ein Fauxpas. Die Regimekritikerin wurde ausgerechnet wieder im „Roten Ochsen“ eingesperrt, als man sie wegen Zivilen Ungehorsams in der Heide vor Gericht stellen wollte. Kurt hat Mahnwache gehalten. Rosi sagt: „Da waren alles nur junge Leute und mein Graukopp dazu.“ Und an Kurt gewandt: „Du suchst dir immer den steinigsten Weg.“ Er darauf schmunzelnd: „Es gibt Schlimmeres.“ Kurt liebt Sprüche. Einer stammt von Franca Magnani und hängt gerahmt in seinem „Büro“ an der Wand. „Je mehr Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, desto weniger Helden wird es einmal brauchen.“ Kurt lacht und ruft: „Mit so was schlag ich mein Alter tot.“ Ich stelle die obligatorische Frage nach dem Traum. „Nö, hab ich nich“ sagt er breit grinsend. Meine Mutter meinte immer: „Wenn alle Menschen Engel wären, wär der Sozialismus idealer.“ Ich wollte immer mal nach Tibet, aber das haben wir voriges Jahr dann doch abgesehen.

SOLVEIG FELDMEIER

Ostermarsch in Stendal

Prämien für den Frieden – NATO abwracken!

Als militärischer Arm einer auf kolonialen Strukturen aufbauenden Wirtschaft kann die NATO Konflikte nicht befrieden. Sie ist viel mehr Teil des Problems. Aus diesem Grund gehört sie aufgelöst.

Die im Norden Sachsen-Anhalts gelegene Colbitz-Letzlinger Heide dient als riesiger Truppenübungsplatz. Am Ostermontag findet gemeinsam mit dem Ostermarsch der 189. Friedensweg der Bürgerinitiative OFFENE HEIDE statt. Deren Vision von einer zivilen Heide findet sich im Naturparkkonzept wieder. Die Verhinderung des Naturparks durch die Landespolitik kostet mehr Arbeitsplätze, als Truppenübungsplatzbetreiber und Bundeswehr mit unseren Steuergeldern realisiert haben. Die Colbitz-Letzlinger Heide versorgt derzeit 600 000 Menschen mit

bestem Trinkwasser. Unsere PolitikerInnen gefährden diesen Schatz, indem sie Panzer darüber üben lassen.

Gegenwärtig erleben wir abhängigende Entwicklungen: Grund- und Menschenrechte werden einem Krieg gegen den Terror geopfert. Dabei ist Krieg eine der schlimmsten Formen des Terrors. Wer Terrorismus tatsächlich bekämpfen will, muss das Faustrecht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts ersetzen.

Seit den Abwürfen der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki gehörte die Drohung mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen beinahe zum politischen Alltag. Uns alle hat sie erreicht, begleitet, geängstigt und mitgeformt. Die gleichen politischen Eliten, die dafür verantwortlich sind, wollen uns heute glauben machen, dass eine erneu-

erte, global handelnde NATO und eine nach militärischer Perfektion strebende EU mehr Sicherheit für uns bedeutet. Wer Massenvernichtungsmittel besitzt, ist auch bereit sie einzusetzen. DU Munition entfaltet Menschenleben vernichtende Wirkung über lange Zeiträume. NATO Partner setzten und setzen diese Waffen im Irak, in Jugoslawien und in Afghanistan ein. Menschen, die derartige Verbrechen anordnen, begehen und rechtfertigen, tun dies nicht, um Frieden zu „erzwingen“ oder zu sichern.

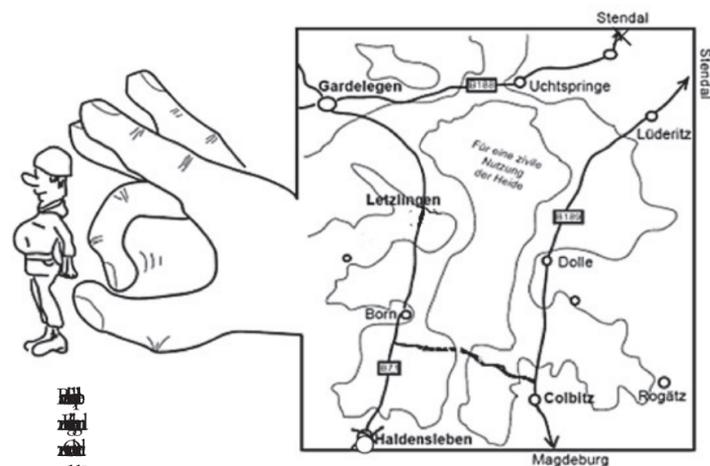
Europa bedeutet mehr als Neoliberalismus und Aufrüstung. Zu Ostern wollen wir einer weiteren Militarisierung und Abschottung der EU eine klare Absage erteilen.

Vor 20 Jahren wurde durch friedlichen Protest die politische Wende eingeleitet. Überzeugt von

der Kraft der Zivilcourage werden wir unsere Entwürfe von einem Leben in Frieden und Gerechtigkeit auf die Straßen tragen.

Um 12:15 Uhr erfolgt die Eröffnung. Der Marsch für ca. 5 Km durch die Innenstadt zum Campus der Hochschule Magdeburg – Stendal, muslimisch begleitet wird er von Blümel, Sänger. Unterwegs spricht Karl-Heinrich Schroeder, Pfarrer i.R., einige Worte zur Stadtgeschichte.

Zu der um 14:00 Uhr auf dem Campus der Fachhochschule Magdeburg – Stendal stattfindenden Kundgebung haben sich Dr. Eugen Drewermann, bekannter Theologe, Psychoanalytiker, Schriftsteller und Kirchenkritiker und Katrin Kunert, MdB, Fraktion DIE LINKE, angesagt. „Nobody Knows“, die Folk-



unter dem Motto steht

„Wir können und wollen

auf gerechte Weise wirtschaften!“ Firmen und Initiativen zeigen Beispiele, wie Konversion und ziviles Engagement Arbeitsplätze schaffen können.

Traditionell starten von Magdeburg aus eine Fahrradtour und das Autocorso.

- Magdeburg, Alter Markt ab 06:00 Uhr nach Wolmirstedt
- Wolmirstedt, Bahnhof ab 07:00 Uhr nach Tangerhütte

- Tangerhütte, Bahnhof ab 09:45 Uhr nach Stendal
Autocorso: von Magdeburg nach Stendal
- Magdeburg, Start: 10:00 Uhr ab Domplatz, Telefon der Mitfahrbörse: (0160) 3 6718 96

J. SPAETH

www.ostermarsch-sachsen-anhalt.de

Wendland-net.de

Berichte aus dem Inneren einer zerrissenen Region



© Wilma Glawe

Seit über zehn Jahren gibt es bereits „wendland-net.de“, das Internetmagazin aus der Region rund um Gorleben. Mit Berichten, Videos und Fotostrecken aus der abgelegenen, doch umso spannenderen Gegend im östlichen Niedersachsen hat sich das Portal bei vielen kritischen Usern inzwischen einen Namen gemacht.

Vor allem die etwas „anderen“ Themen und Geschichten

sind es, die Monat für Monat rund 40 000 Besucher auf die Seiten von wendland-net ziehen. Wie zum Beispiel die Geschichte der Bio-Bäuerin, die sich zwischen Futterbereitung und Hühnerschlachten ihre Arbeit mit Blues-Singen verschönert. Oder „Gabi von der Volksküche“, die seit Jahren mit ihrem Privat-PKW die leibliche Versorgung der vielen Demonstranten wäh-

rend der „Castortage“ organisiert.

Themen müssen Angelika Blank und Gerhard Ziegler, die das Magazin 1997 gründeten, nicht lange suchen. In einer Gegend, in der Biobauern, Künstler oder Polit-Aktivistinnen in fast jedem Dorf zu finden sind, gibt es viel zu berichten. Ganz abgesehen vom Dauerbrenner-Konflikt „Gorleben“, der im Wendland fast täglich für Gesprächsstoff sorgt.

Seit über 30 Jahren sorgen die Pläne, im Salzstock Gorleben ein Endlager einzurichten, dafür, dass die Bevölkerung im Wendland innerlich zerrissen ist. Zwar haben sich die scharfen Konflikte der Anfangszeit im Laufe der Jahrzehnte gemildert. Viele der früheren Endlager-Anhänger sind inzwischen nachdenklicher geworden, viele Atomkraftgegner besonnener. Doch trotzdem zieht sich die Pro oder Contra-Gorleben-Debatte immer noch wie ein stacheliger Draht durch die Region. Während einerseits im Wendland ein so vielfältiges Kulturleben herrscht wie sonst nur in Metropolen, muss sich die dünn besiedelte Gegend fast alljährlich mit dem gigantischen Spektakel der Transporte von Castorbehältern mit Atommüll in das Zwischenlager Gorleben auseinandersetzen – immer intensiv begleitet von wendland-net. Mit Fotoreportagen, Videos und Hintergrundberichten versucht das kleine Team die so unterschiedlichen Facetten dieses

Landstrichs zwischen Naturidylle und Atomklo darzustellen.

Beim Castortransport zum Beispiel wird tage- und nächtelang das teilweise recht wilde Geschehen zwischen Lüneburg und Gorleben begleitet. Informationen werden eingeholt, Fotos ausgewählt und Videos gedreht. Möglichst objektiv und vollständig wollen die Macher die Auseinandersetzungen um Castortransporte und eine ungeklärte Endlagerfrage im Internet sichtbar machen – jenseits von Verlautbarungs-Journalismus und Anzeigenkalkül.

Dabei spielt das sogenannte „networking“ für die wendland-net-Macher eine besondere Rolle: „Wir leben hier mit wenig Menschen auf einer großen Fläche. Da können wir die Themen oft gar nicht alleine bewältigen. Schon deswegen ist es notwendig, dass wir mit vielen Freunden zusammen arbeiten.“ Während des letzten Castortransports zum Beispiel arbeitete wendland-net eng mit insgesamt sieben FotografInnen zusammen, die so von verschiedensten Ecken des Geschehens Fotos und Berichte beibringen konnten. Eine Auswahl der Fotos war öffentlich in mehreren Läden im Landkreis in Schaufenstern und Gaststätten per Internet sichtbar. „Publi-X-Viewing“ nannte sich die Aktion, die viel Aufmerksamkeit fand.

Seit einiger Zeit ergänzt der Videojournalist Dirk Drazewski das Team. „Ein Internetportal ohne aktuelle Videos ist heutzutage



© Wilma Glawe

nicht mehr denkbar“, so Webmaster Gerhard Ziegler. „Da ist es ein Glücksfall, dass unser Freund und Kollege bereit ist, viel Zeit in kurze, informative und oft auch witzige Video-Spots zu investieren.“

Finanziell ist durch den Betrieb von wendland-net nicht viel zu holen. Deshalb ist das Magazin auf den Elan der Mitarbeiter angewiesen. „Kritischer, unabhängiger Journalismus ist nicht unbedingt das, was Werbekunden lieben. Aber das macht auch den Reiz der Arbeit aus, da wir keinem großen Kunden verpflichtet sein müssen, können wir über alles so berichten, wie wir es sehen.“

Ob Flutkatastrophe, ein gestrandeter Binnenschiffer oder streikende Milchbauern – wendland-net ist (fast) immer dabei. Nach über zehn Jahren sind die Macher von wendland-net immer noch echte Überzeugungstäter: im letzten Sommer wurde das Portal völlig überarbeitet und mit neuen „Features“ versehen. „Viele Kommentare und positive Rückmeldungen zeigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, so Angelika Blank. Deswegen wird es wendland-net auch hoffentlich noch lange geben – ganz nach dem Motto „Die Ruhe auf dem Land ist oft nur stille Wut“.

WILMA GLAWE

Ökosozialismus oder Barbarei

Wie wir den Kapitalismus überleben

Es ist schon erstaunlich, wie wirklichkeitsresistent ein Teil der Linken mit der Ökologiefrage umgeht. In der eigenen Dogmatik befangen, wurde sie oftmals als „Nebenwiderspruch“ ins Denkgebäude integriert. Ein Grund für diesen Realitätsverlust ist mit Sicherheit der in linken und marxistischen Traditionen fest verankerte Wachstumsglaube. Im Verständnis der Ökosozialistinnen allerdings ist Sozialismus eine Frage der gesellschaftlichen Verfassung, der Verhältnisse der Menschen untereinander, unabhängig vom technisch-organisatorischen Stand der Produktion. Das – konservative – Fraunhofer Institut in München hat bereits 1992 darauf aufmerksam gemacht: Wenn einschneidende, kurzfristige Maßnahmen gegen die Erderwärmung ausbleiben, ist bis zum Jahr 2030 mit 900 Millionen bis 1,8 Milliarden zusätzlicher Hungertoter zu rechnen. Daher ist die dringendste soziale Frage weltweit gesehen die ökologische. Niemand möge das Wort „soziale Gerechtigkeit“ im Mund führen und dabei diesen Zusammenhang verschweigen.

Ökokapitalistische Illusionen

Das Ende des fossilen Zeitalters ist inzwischen endgültig eingeleitet. Dass das Wegbrechen der fossilen Energiebasis die Grundfesten unserer Industriegesellschaften insgesamt erschüttern könnte – über diese Konsequenz

versucht man sich krampfhaft hinwegzutäuschen. Die Illusionisten bestimmen heute den geistigen Mainstream. Ihr Credo ist das der technischen Beherrschbarkeit, der Wohlstandssicherung und -vermehrung mit intelligenteren Mitteln. Wer näher hinsieht, kann sich nur wundern, wie wenig dem Kaiser seine Nacktheit peinlich ist. Die eher vorsichtigen Berechnungen etwa des IPCC oder des Wuppertal Instituts gehen davon aus, dass eine Erderwärmung um 2 Grad gerade noch beherrschbar wäre. Um diese Grenze einzuhalten, wäre es allerdings nötig, den Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2050 weltweit um mindestens 60 Prozent, in den Industrienationen um 90 Prozent zu reduzieren. Die heute im öffentlichen alternativen „Energiediskurs“ maßgebenden Hofprophezen, angefangen bei von E.U. von Weizsäcker bis Hermann Scheer und Franz Alt, reden uns seit Jahren ein, dass dieses Ziel ohne Wohlstandseinbußen erreichbar sei – durch mehr Energieeffizienz und durch den Einsatz erneuerbarer Energien.

Die erneuerbaren Energien werden in ihren Möglichkeiten so hoch veranschlagt, dass es doch sehr erstaunt, warum sie sich nicht längst schon durchgesetzt haben. Die präsentierten Rechnungen sind höchst unseriös. Energiebilanzen beschränken sich in der Regel auf den laufenden Betrieb. In die Energiebilanz nicht mit einbezogen werden die Produktionsvorausset-

zungen und die erforderliche Infrastruktur. Wer etwa die Energiebilanz einer Photovoltaikanlage ehrlich erstellen will, der muss – wie in jeder Kostenrechnung auch – anteilmäßig bei der Produktion der Bagger anfangen, die den Sand zur Siliziumherstellung fördern. Mit Recht klagt die Anti-Atom-Bewegung in ihrer Auseinandersetzung mit den Atomkraftwerksbetreibern eine solche ehrliche Bilanz ein, um das Argument zu entlarven, Atomstrom sei der Ausweg aus der Klimakatastrophe. Allerdings müsste man die intellektuelle Redlichkeit besitzen, diese Rechnung auch für die „Erneuerbaren“ aufzumachen.

Da kehrt Ernüchterung ein: Selbst die engagiertesten Befürworter gehen davon aus, dass wir bis zum Jahr 2050 damit nur ca. 40% des Elektrizitätsbedarfs decken können (so etwa eine Studie der Universität Helsinki). Was ist mit den restlichen 60%? Dabei sind das Thema Mobilität oder die Frage, wie wir unsere Hochöfen betreiben werden, noch gar nicht angeschnitten.

Um das bis vor kurzem noch so viel gepriesene Speichermedium Wasserstoff ist es verdächtig still geworden. Die Erzeugung von Biomasse steht in unmittelbarer Konkurrenz zur Ernährung der Bevölkerung. Der gegenwärtige weltweite Boom beim Anbau von Plantagen für pflanzliche Treibstoffe bedeutet letztlich, dass weltweit gesehen 800 Millionen Autobesitzer gegen die zwei Milliarden Menschen kon-

kurrieren, die heute unter der Armutsgrenze leben.

Eine Ökonomie des Genug

Es führt einfach kein Weg daran vorbei: Da jede Form von Energie endlich ist, da auch scheinbar im Überfluss vorhandene Energie erst mühsam und unter hohem Energieaufwand verfügbar gemacht werden muss, wird es nötig sein, ein anderes Verhältnis zur Mobilität insgesamt zu gewinnen. Wer die Lebensgrundlagen weltweit sichern will, der muss eine Ökonomie und Kultur des „Genug“ anstreben. Der muss sich vom parasitären Charakter unseres Scheinwohlstands verabschieden. Um im Bild zu sprechen: Man kann eben nicht gleichzeitig die Abschaffung der Legebatterien fordern und selbstverständlich am Frühstücksei für jeden Deutschen festhalten wollen.

Eine nachhaltige, die elementaren Lebensgrundlagen sichernde Wirtschaft, darf nicht nur nicht wachsen. Sie muss schrumpfen mit dem Ziel, ein verträgliches Niveau des „steady state“ zu erreichen, ein stationäres Gleichgewicht also. Natürlich ist dies mit der dem Kapitalismus eingeschriebenen Wachstumslogik nicht zu vereinbaren.

Die erforderliche ökonomische Abrüstung kann nur in bewusster Planung erfolgen. Mengenregulierungen für Energie und Rohstoffe müssen mit Preiskontrollen und einer Rah-

menplanung einhergehen, die Produktion und Verbrauch lenken. Was, wie und wie viel produziert wird, kann nicht länger dem Chaos partikulärer Profitinteressen überlassen bleiben, sondern muss – auf möglichst demokratische und partizipative Weise – organisiert werden. Es ist eine Herabwürdigung der menschlichen Vernunft, einer solchen bewussten Planung weniger zuzutrauen als der Naturwüchsigkeit von „Marktgesetzen“.

Im Gegensatz zu den Hofpropheten von Al Gore bis Franz Josef Rademacher sprechen Ökosozialistinnen klar aus, dass der Lebensstandard in den Industriestaaten insgesamt unausweichlich wesentlich niedriger

sein wird. Diese Zumutung ist selbstverständlich nur dann akzeptabel, wenn sich der Prozess ökonomischer Abrüstung innerhalb von heute noch fehlenden egalitären und solidarischen Verhältnissen abspielt. Ob das Ende des Kapitalismus auf Grund des Erreichens der Belastbarkeitsgrenze der Erde einfach über uns hereinbricht, uns ins Chaos stürzt, oder ob es uns gelingt, diesen Prozess human und solidarisch zu gestalten – dies wird die eigentliche Bewährungsprobe für eine öko-sozialistische Alternative sein.

BRUNO KERN

www.oekosozialismus.net

ANZEIGE

Anarchismus im 21. Jahrhundert. Unter diesem Motto veranstalten die Anarchistische Förderation Berlin und Freund_innen an Ostern 2009 einen anarchistischen Kongress in Berlin. Zum viertägigen Kongress sind verschiedene Referierende sowie internationale und lokale anarchistische Gruppen und Organisationen eingeladen zu diskutieren, sich auszutauschen und zu vernetzen sowie neue Ideen und Ansätze für den Anarchismus zu entwickeln. Dazu werden neben vorbereiteten Beiträgen und Workshops parallel auch ein Open Space durchgeführt.

Anarchistischer Kongress

www.akongress.org
10. – 13. April '09 in Berlin

Wortmeldung



Die Globalisierung aus den Krisen führen

Diese Krise ist eine dreifache Krise

Diese Krise der Globalisierung ist eine wirtschaftliche Krise, verursacht durch den Zusammenbruch eines außer Kontrolle geratenen Finanzsystems. Sie ist eine soziale Krise, weil sie unsere Gesellschaften weiter spaltet durch ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Und sie ist eine ökologische Krise, die aus der Ignoranz gegenüber den ökologischen Folgen unserer verschwenderischen Produktions- und Lebensweise entstanden ist. Die Überwindung der Krise einfach in einer Rückkehr zum vorigen status quo zu suchen, wäre nachgerade unverantwortlich. Wenn wir bessere Verhältnisse wollen, ist die Aufgabe, die vor uns liegt, weit komplexer: Wir müssen unsere Wirtschaft von Grund auf neu ausrichten.

Die Milliardeninvestitionen, die jetzt von den Mitgliedstaaten und der EU zur Überwindung der Wirtschaftskrise getätigt werden, müssen gezielt zur Förderung eines ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftssystems eingesetzt werden. Zusätzlich muss der ordnungspolitische Rahmen so gesetzt werden, dass Wirtschaftsakteure zum ökologischem Umbau und sozial verantwortlichem Handeln angeregt werden. Wir brauchen einen Grünen New Deal, ein Konjunktur- und Strukturprogramm, das Arbeitsplätze, schafft indem wir die Ressourcen- und Klimakrise lösen.

Die Herausforderungen als Chance nutzen

Zukunftsmärkte und damit zukunftsfähige Jobs entstehen nur, wenn wir konsequent auf Klimaschutz, auf Nachhaltigkeit und auf Ressourceneffizienz setzen. Die „Umweltindustrie“, die auf eine ökologische Modernisierung industrieller Verfahren und Produkte setzt, hat sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt. 1,8 Millionen Menschen waren hier in Deutschland 2006 beschäftigt, Tendenz stark steigend. Allein die Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz (beispielsweise von Gebäuden) machten in Deutschland im Jahre 2005 rund 25 Prozent aller Investitionen aus. Und die Zahl der Beschäftigten in der Erneuerbaren-Branche stieg auf knapp 280.000 im Jahr 2008.

Die gute Dynamik der Umwelttechnologien zeigt die Potentiale von nachhaltiger wirtschaftlicher Dynamik: Klima-, Umweltschutz und Ressourceneffizienz eröffnen den Unternehmen neue Märkte, statt sie zu belasten. Und die schaffen viele Arbeitsplätze. Besserer Klimaschutz, mehr Jobs, weniger Armut ließen sich so gleichzeitig erzielen. Das ist eine große Chance für Deutschland, für Europa und für die Weltwirtschaft. Deshalb fordert das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (Unep), dass 30% aller Mittel aus den Konjunkturprogrammen mit ‚grünem‘ Mehrwert ausgegeben werden sollen. Tatsächlich aber sind in den beiden Konjunkturprogrammen der Bundesregierung gerade einmal 13% für Umweltausgaben vorgesehen. Südkorea schafft 80%.

Aktiv Rahmenbedingungen setzen, gezielt fördern

Der Umbau unseres Wirtschaftssystems muss aktiv gestaltet und sozialpolitisch begleitet werden. Innovationen, die über die „normalen“ Verbesserungen des Marktes hinausgehen, erfordern Politik mit dem Anspruch, zukunftsfähige Felder zu identifizieren und das Engagement der Wirtschaft in diesen Bereichen

verbindlich zu verlangen und gleichzeitig zu fördern: Klare Regeln ebenso wie Anschubhilfen. Investive Ausgaben müssen gezielt in Forschung und Entwicklung, Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur fließen. Diese Investitionen, z.B. in einen besseren ÖPNV, in energetische Gebäudesanierung, in intelligente und leistungsstarke Energienetze, in Materialeffizienz, oder in soziale Großstadt-Projekte, wirken kurz- und langfristig und schaffen Einkommen.

Staatshilfen im großen Stil an vermeintlich „systemische“ Unternehmen zu verteilen, die jahrelang am Markt vorbei produziert haben, ist dagegen der falsche Weg. Das zeigt sich gerade am Beispiel der Automobilbranche. Die Wirtschaftskrise hat hier den Strukturwandel beschleunigt. Der Automobilabsatz ist in den USA und Europa eingebrochen, weil die Automobilindustrie Trends wie steigende Energiekosten und die konsequente Klimapolitik verschlafen hat. Daher gilt auch für die Autobauer: Sie müssen schleunigst ihre Produkte modernisieren. In erster Linie ist die Krise damit aber eine Anforderung an die Reformkraft der Automobilindustrie und nicht an die Industriepolitik. Hilfen für die Autoindustrie müssen an diese Reformen geknüpft werden und vor allem sie finanzieren. Sonst ist nach der Krise ganz schnell wieder vor der Krise und die Chancen werden vertan.

Finanzmärkte regulieren

Damit eine solche Krise nie wieder entsteht, streiten wir außerdem für eine konsequente Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Die Steueroasen müssen geschlossen werden. Banken müssen überall konsequent reguliert werden und ausreichend Eigenkapital aufweisen. Das gleiche gilt für alle Fonds, die bankähnliche Geschäfte machen. Alle Spekulationsgeschäfte müssen mit einer umfassenden Europäischen Finanzumsatzsteuer besteuert werden, deren Einnahmen zur Bekämpfung der Armut eingesetzt werden sollte.

Wir dürfen jedoch nicht ignorieren, dass die Globalisierungskrise vor allem wegen der tiefen wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den wichtigsten Wirtschaftsräumen so schlimm geworden ist. Während die USA, Ost- und Südeuropa sich immer weiter verschuldeten, erzielten China, Japan und Deutschland gigantische Exportüberschüsse. Um das in Zukunft zu verhindern, brauchen wir einen Mechanismus zur Vermeidung großer Ungleichgewichte, der in der Euro-Zone in den Maastricht-Pakt integriert werden könnte.

Die Krise sozial lösen

Nachdem die soziale Ungleichheit in den letzten zwanzig Jahren fast überall auf der Welt stark zunommen hat, müssen wir nun für sozialen Ausgleich sorgen. Es darf auch um unserer Demokratie willen nicht sein, dass die Verlierer der Globalisierung auch noch die Kosten der Globalisierungskrise tragen sollen. Auch deshalb müssen Kapitaleinkommen wieder angemessen besteuert werden. Umgekehrt wollen wir die Grundsicherung sofort auf 420 anheben und stark in Bildung und Gesundheit investieren.

REBECCA HARMS
SVEN GIEGOLD

www.gruene-europa.de
www.rebecca-harms.de

Programm

Eine kleine Auswahl empfehlenswerter Termine und Veranstaltungsangebote aus Ost & West

01067 DRESDEN

01. & 15.04., 18:00 Uhr
attacPlenum
Kreuzstr. 7 (4. Etage – ÖiZ)

03046 COTTBUS

07.04., 19:00 Uhr
attacTreffpunkt
Quasimono, Erich-Weinert-Str. 2

04109 LEIPZIG

31.03., 19:00 Uhr
attacPlenum
Achtung – neuer Treffpunkt! Kirchliche Erwerbsloseninitiative
Ritterstr.5, 2.Etage
01.04., 18:00 Uhr
Schein und Sein – DIE LINKE und die Medien. Sozialistische Politik in einer neoliberalen Medienwelt – Verständnis und Zugangsmöglichkeiten
Christoph Nitz, Berlin; Moderation: Prof. Dr. Hans-Gert Gräbe
RLS Sachsen, Harkortstr. 10

06108 HALLE

27.03., 17:00 Uhr
Filmfestival ueber Macht
„Ihr Name ist Sabine“
LUX:PUSCHKINO, Kardinal-Albrecht-Str. 6

27.03., 19:30 Uhr
Filmfestival ueber Macht
„Die dünnen Mädchen“
Die dünnen Mädchen, das sind acht junge Frauen zwischen 18 und 29 Jahren, die seit langem an Essstörungen leiden. Sie haben gehungert bis zur Selbstauflösung und können nicht einfach damit aufhören.
Zu Gast: Maria Teresa Camoglio, Regisseurin des Films
LUX:PUSCHKINO, Kardinal-Albrecht-Str. 6

28.03., 17:00 Uhr
Filmfestival ueber Macht
„Strange Culture/Fremdkulturen“
Tilda Swinton und Thomas Jay Ryan
Steve Kurtz ist Performance-Künstler, seine Arbeit dreht sich um das Thema Biotechnologie. In der Terrorfurcht nach dem 11. September erregt er die Aufmerksamkeit des FBI. Der Verdacht: Bio-Terrorismus. Kurtz drohen 20 Jahre Haft für den Besitz von Bakterien, die jeder frei über das Internet bestellen kann.
Im Anschluss Diskussion mit Stefan Costabel, Rechtsanwalt und Mitglied im RAV
LUX:PUSCHKINO, Kardinal-Albrecht-Str. 6

28.03., 19:00 Uhr
Filmfestival ueber Macht
„Zuoz – Schule der Elite“
Wissen ist Macht. Wer in Deutschland auf eine öffentliche Schule geht, kann von den Lernbedingungen im „Lyceum Aloinum Zuoz“, einem imposanten Internat in den Schweizer Bergen, nur träumen.
Im Anschluss Diskussion mit Daniella Marxer, Regisseurin des Films
LUX:PUSCHKINO, Kardinal-Albrecht-Str. 6

29.03., 17:00 Uhr
Filmfestival ueber Macht
„Citizen Havel“
Der Dissident wird Präsident. Von den Kommunisten wurde er verfolgt. Nach dem Fall des Regimes wurde er zum ersten Staatspräsidenten der Tschechischen Republik. Václav Havel.
LUX:PUSCHKINO, Kardinal-Albrecht-Str. 6

29.03., 19:00 Uhr
Filmfestival ueber Macht
„Faustrecht“
Jugendliche Gewalttäter. In den Medien werden sie oft zu „Monstern“ reduziert, und zur Zuspitzung von Wahlkämpfen eignen sie sich auch prima. „Faustrecht“ schaut genauer hin.
Im Anschluss Diskussion mit Robi Müller, Regisseur des Films
LUX:PUSCHKINO, Kardinal-Albrecht-Str. 6

30.03., 17:00 Uhr
Filmfestival ueber Macht
„Ruhnama – Im Schatten des heiligen Buches“
Das Buch mit dem größten Schatten steht in Turkmenistan. Sein Titel: Ruhnama. Sein Autor: Saparmurat Nijasow, der kürzlich verstorbene Diktator von Turkmenistan.
LUX:PUSCHKINO, Kardinal-Albrecht-Str. 6

30.03., 19:00 Uhr
Filmfestival ueber Macht
„Streik(t)raum“
Wenn Frankreich gegen die Zumutungen der Mächtigen rebelliert, zeigt sich, dass dort die Macht tatsächlich beim Volk liegt. Lokale Filmpartner: IG Metall-Jugend Halle, Studentenwerkstatt Triftpunkt e.V.
Im Anschluss Diskussion mit Daniela Felice, Regisseurin des Films
LUX:PUSCHKINO, Kardinal-Albrecht-Str. 6

31.03., 17:00 Uhr
Filmfestival ueber Macht
„Für Gott, Zar und Vaterland“
Mikhail Morozov hat beste Beziehungen zum russischen Geheimdienst, dem Militär, der orthodoxen Kirche und der Partei Wladimir Putins.
LUX:PUSCHKINO, Kardinal-Albrecht-Str. 6

02.04., 18:00 Uhr
Donnerstagsgespräch zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen
Moderator: Matthias Krauß, Potsdam
RLS Brandenburg, Dortustr. 53

14.04., 18:00 Uhr
Die ersten 100 Tage des Barack Obama Reihe „Die Welt, in der wir leben“
Prof. Dr. Claus Montag, Potsdam; Moderation: Prof. Dr. Anton Latzo, Langerwisch
RLS Brandenburg, Dortustr. 53

01.04., 18:00 Uhr
Ursachen und Wirkungen der Finanzkrise
Dr. Ulrich Busch, Berlin
Gemeindsaal, Berliner Allee 3, rls

21.04., 19:30 Uhr
„Europa steht vor der Entscheidung“

„Manda Bala – Send a Bullet“
Eine brasilianische Froschfarm, ein korrupter Politiker, ein reicher amerikanischer Geschäftsmann, ein Entführer aus den Slums von São Paulo.
Lokaler Filmpartner: Solidaridad e.V.
LUX:PUSCHKINO, Kardinal-Albrecht-Str. 6

01.04., 19:00 Uhr
Filmfestival ueber Macht
„Die Schuld, eine Frau zu sein“
Im Anschluss wir zu einem Gespräch mit Gästen über die Situation von Frauen in Gesellschaften mit archaischen Machtstrukturen ein. Lokale Filmpartner: Amnesty International, Hochschulgruppe Halle, Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.
LUX:PUSCHKINO, Kardinal-Albrecht-Str. 6

06.04., 20:00 Uhr
globale in Halle :: Leben außer Kontrolle – Von Genfood und Designerbabies
Regie: Bertram Verhaag u. Gabriele Kröber
Weltweit bieten nur eine Handvoll idealistischer Wissenschaftler der Industrie die Stirn und untersuchen -unabhängig von deren Geld- die Auswirkungen transgener Tiere und Pflanzen auf die Umwelt und auf unsere Gesundheit, wenn wir diese genmanipulierten Lebensmittel zu uns nehmen.
Im Anschluss :
Filmgespräch mit Christof Potthof, Gentechnik-Experte des Gen-ethischen Netzwerk e.V. (Berlin)
LUX.Kino am Zoo, Seebener Str. 172, attac & hbs

20. & 27.04., 19:30 Uhr
attacPlenum
Mediathek im Reformhaus, Große Klausstr. 11, 2.OG

06449 ASCHERSLEBEN

06., 13., 20. & 27.04., 18:00 Uhr
Montagsdemo auf dem Holzmarkt

06667 WEISSENFELS

06., 13., 20. & 27.04., 18:00 Uhr
Montagsdemo auf dem Marktplatz

06886 LUTHERSTADT WITTENBERG

06., 13., 20. & 27.04., 17:30 Uhr
Montagsdemo auf dem Marktplatz

07743 JENA

30.03., 19:00 Uhr
Die Romantik und ihre Geister – ein Einblick aus kultursoziologischer Sicht
Tom Bräuer (FSU Jena)
Vereinsräume MobB e.V., Unterm Markt 2, rls

01. & 15.04., 19:00 Uhr
attacPlenum
im Untergeschoß der Ev. Studentengemeinde, August-Bebel-Str. 17a

10243 BERLIN

28.03., 12:00 Uhr
Wir zahlen nicht für eure Krise! – für eine solidarische Gesellschaft!
In einem breiten Bündnis rufen zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen zu Demonstrationen am 28. März auf.
Beginn: 12 Uhr, Rotes Rathaus
Abschlusskundgebung: 15 Uhr, Gendarmenmarkt

21.04., 19:00 Uhr
attacBerlin Gruppentreffen
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4

24. bis 26.04.
McPlanet.com Game Over – Neustart
Die Weltwirtschaft ist im Umbruch. Die globalen Finanzmärkte sind ins Wanken geraten, eine weltweite Rezession folgt. Klima- und Hungerkrise bedrohen die Existenz von Millionen Menschen. Das System ist dabei, sich selbst zu erledigen. Darum heißt der vierte McPlanet.com Kongress: „Game Over. Neustart!“
Wir stellen die Fragen nach den globalen Zusammenhängen rund um die Krise und suchen gemeinsam nach umfassenden und nachhaltigen Alternativen.
TU, Straße des 17. Juni 135
www.mcplanet.com

14467 POTSDAM

02.04., 18:00 Uhr
Donnerstagsgespräch zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen
Moderator: Matthias Krauß, Potsdam
RLS Brandenburg, Dortustr. 53

14.04., 18:00 Uhr
Die ersten 100 Tage des Barack Obama Reihe „Die Welt, in der wir leben“
Prof. Dr. Claus Montag, Potsdam; Moderation: Prof. Dr. Anton Latzo, Langerwisch
RLS Brandenburg, Dortustr. 53

14621 SCHÖNHALDE

01.04., 18:00 Uhr
Ursachen und Wirkungen der Finanzkrise
Dr. Ulrich Busch, Berlin
Gemeindsaal, Berliner Allee 3, rls

18273 GÜSTROW

21.04., 19:30 Uhr
„Europa steht vor der Entscheidung“

Diether Dehm, MdB
Hansabad, Pfahlweg 2, RotFuchs

19055 SCHWERIN

09.04., 18:00 Uhr
attacPlenum
RAA, Körnerstr.

16.04., 19:00 Uhr
Die NATO muss weg. Für eine europäische Sicherheitslösung
Vor 60 Jahren wurde die NATO gegründet
Kai Ehlers, Publizist
Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12, rls

20359 HAMBURG

15. & 29.04., 18:00 Uhr
Vom finanzgetriebenen zum staatsgetriebenen Kapitalismus
Reihe „Die Rückkehr des Staates? Politik, Staat und Gesellschaft nach der Finanzkrise“
Prof. Dr. Elmar Altvater, Politologe, Berlin
Das globale Bankensystem muss inzwischen höhere Abschreibungen realisieren als es Haftungskapital besitzt. Viele Banken sind bankrott und können nur durch hohe Injektionen öffentlicher Mittel vor der Pleite gerettet werden. Die Zeit der Traumrenditen und üppigen Prämien ist vorbei, wenn Mittel aus dem Steueraufkommen angezapft werden. Werden Staat und öffentliche Gelder von den Banken in Dienst genommen oder kann der Staat die Banken für eine Wirtschaftslenkung mit sozialen und ökologischen Zielsetzungen nutzen? Was also heißt „demokratischer Rechtsstaat“ in der Krise der Banken?
Uni Hamburg (ehem. HWP), Von-Melle-Park 9, rls

22.04. 19:15 bis 21:30 Uhr
attacPlenum
Centro Sociale, Sternstraße 2

23968 WISMAR

01.04., 19:00 Uhr
„Zionismus und Judentum“, Prof. Dr. Verleger, Lübeck zum Thema
Prof. Verleger wird sich auf der Grundlage seiner Streitschrift „Israels Irrweg – eine jüdische Sicht“ und aus einer jüdisch-ethischen Position heraus kritisch mit der Gewaltpolitik des israelischen Staates gegenüber den Palästinensern auseinandersetzen und über Vorstellungen zur Lösung des Nahost-Konflikts sprechen.
Zeughaus, Ulmenstr. 15, attac, rls

38855 WERNIGERODE

15.04., 14:00 Uhr
Was ist Glück?
Anleitungen zum Glücklichsein von Frauen für Frauen in Geschichte und Gegenwart
Viola Schubert-Lehnhardt
Frauenkommunikationszentrum, Oberpfarrkirchhof 6, rls

39108 MAGDEBURG

06., 13., 20. & 27.04., 18:00 Uhr
Montagsdemo auf dem Domplatz

06. & 20.04., 19:30 Uhr
Offenes attac-Treffen
Eine-Welt-Haus, Schellingstr. 3-4

39576 STENDAL

13.04., 12:00 Uhr
Ostermarsch 2009 und 189. Friedensweg der BI OFFENE HEIDE
„Prämien für den Frieden – NATO abwracken!“
Treffpunkt am Bahnhofsvorplatz
www.offeneheide.de

60486 FRANKFURT/MAIN

27.03., 19:30 Uhr
attac – JOUR FIX
Cafe Wiesengrund, Finkenhofstr.17

28.03., 12:00 Uhr
Wir zahlen nicht für eure Krise! – für eine solidarische Gesellschaft!
In einem breiten Bündnis rufen zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen zu Demonstrationen am 28. März auf.
Beginn: 12 Uhr, Hauptbahnhof & Bockenheimer Warte
Abschlusskundgebung: 15 Uhr, Römerberg

30.03., 19:30 Uhr
„Right to the City“: Soziale Bewegungen in

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
Freundeskreis attacVilla
in Könnern e.V.
Bahnhofstraße 6, 06420 Könnern
Mobil 01 76 - 51 45 62 53
villa@attac.de
www.attac-netzwerk.de/halle

REDAKTION:
Solveig Feldmeier, Michel Matke,
Walter Oswald, Richard Schmid
(ViSDP), Martin Uebelacker

den Städten.
Das „Recht auf Stadt“ geht als wissenschaftliches Konzept auf den französischen Stadtsoziologen Henri Lefebvre zurück und wird in den letzten Jahren von städtischen sozialen Bewegungen in vielen Ländern als Forderung in Kämpfen gegen die neoliberale Stadtentwicklung aufgegriffen.
In der Veranstaltung sollen das Konzept und die internationalen Bewegungen kurz vorgestellt werden. Im Mittelpunkt wird jedoch eine Übertragung auf städtische Kontexte hierzulande stehen. Was verstehen wir unter städtischen Bewegungen?
Welche Themen und Forderungen werden aufgegriffen?
Wie können erfolgreiche Interventionen im Stadtteil aussehen?
Referent: Dr. Andrej Holm, Institut für Humangeografie an der JWG-Universität Frankfurt

01.04., 18:30 Uhr
Frankfurter attac – Ratschlag 2009
Saalbau Bornheim, Clubraum 2, Arnburger Straße, U4 Höhenstraße

13.04., 10:30 Uhr
Ostermarsch 2009“Schluss mit Kriegs- und Besatzungspolitik“
Auftake: 10.30 Uhr, Ffm-Rödelheim, Bahnhof; 11.30 Uhr, Ffm-Escherheim, Weißer Stein und 11.30 Uhr, Ffm-Niederrad, Bruchfeldplatz; Abschlusskundgebung: 13 Uhr, Römerberg

„Die vom 10. bis zum 13. April 2009 stattfindenden Ostermärsche sollen nach den vorausgehenden bundesweiten Aktionen gegen das NATO-Kriegsbündnis ein weiteres Zeichen setzen. Darüber hinaus wollen wir demonstrativ deutlich machen, dass die beabsichtigte Ausweitung des Kriegsgeschehens in Afghanistan, neue Eskalationen und Kriegsdrohungen, sowie die fortschreitende Militarisierung im Inneren auf unseren Widerstand stoßen. Der Frankfurter Ostermarsch 2009 steht unter der Überschrift: „Schluss mit Kriegs- und Besatzungspolitik“.

Hauptredner ist Prof. Horst-Eberhard Richter. Ferner sprechen: Jürgen Grässlin (Bundessprecher DFG-VK) und Karola Stötzel (stellvertretende Vorsitzende GEW Hessen)

99096 ERFURT

08.04., 18:00 Uhr
Neuer Anarchismus in den USA
Gabriel Kuhn

Das von Kuhn herausgegebene Buch, eine Sammlung zeitgenössischer Schriften US-amerikanischer Anarchisten und anarchistischer Organisationen, gibt einen breiten Einblick in die zeitgenössischen Spektren der anarchistischen Bewegung in Nordamerika. Diese waren seit den 1920er Jahren marginalisiert, erleben aber seit den Auseinandersetzungen am Rande der WTO-Konferenz von Seattle 1999 ein deutliches Wiedererstarken.
RedRoXX, Pilsse 29, rls

08.04., 19:00 Uhr
attacPlenum
Offene Arbeit Erfurt, Allerheiligenstraße 9

99423 WEIMAR

02.04., 19:30 Uhr
Vorschläge für eine bessere Finanzarchitektur
Dr. Silke Ötsch (Universität Innsbruck/attac Deutschland, AG Finanzmärkte und Steuern) Weltwirtschaft und Finanzsysteme drohen völlig zu kollabieren. Angesichts des Desasters müssen dieses Mal die Hauptsachen und deren Verursacher ins Visier genommen werden: Neoliberale Deregulierung, Primat der Finanzkriterien, ungerechte Verteilung der ständig wachsenden Vermögen, fehlende internationale Koordinierung und Kontrolle und ein heillos überfordertes System. Welche Möglichkeiten alternativer Politik gibt es? Mit der Finanztransaktionssteuer, mit Kontrollen von Finanzprodukten, einem gerechten Steuersystem bis hin zu einer Neuordnung der Weltwirtschaft, werden die wichtigsten Lösungsvorschläge von attac vorgestellt.
Kultur- und Jugendzentrum „Mon ami“, Goetheplatz 11, rls gemeinsam mit attac-Regionalgruppe Jena-Weimar

IMPRESSUM

TEXTE:
Peter Delis, Wilmar Glawe, Sven Giegold, Rebecca Harms, Bruno Kern, J. Spaeth, Detlev v. Larcher

GESTALTUNG/SATZ:
DIE WERFT
KOMMUNIKATIONSDESIGN
Brühl 54, 04109 Leipzig
www.diewerft.de

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 24.04.2009.